Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau: Vierteljahresschrift des

Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 86 (1994)

Heft: 3

Artikel: GBI zur Kohabitation bereit

Autor: Sergi, Giuseppe

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355478

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



GBI zur Kohabitation bereit

Geringe Präsenz einzelner Verbände in wichtigen Sektoren und eine zu gemässigte Politik anderer Verbände mit Rückwirkungen: so eine andere Interpretation der gewerkschaftlichen Konflikte im Tessin.

führbar. Die Produktion und das Soziale wird durch eine immer stärkere Interdependenz geprägt. Die Arbeitgeberseite sucht immer mehr eine stärkere Koordinierung und Zentralisierung. Jedes Jahr bemerken wir deutlicher die Auswirkungen dieses Trends.

Wie soll es so möglich sein, eine Kampagne für den Teuerungsausgleich im Bau zu führen, wenn gleichzeitig auf anderen Sektoren die Arbeitgeber völlig frei entschei-

den können, ohne auch nur auf den geringsten gewerkschaftlichen Widerstand zu stossen?

Wie soll es so für die GBI möglich sein, den Vorschlag zur Kürzung des 13. Monatslohnes oder zur Anhebung der Arbeitszeiten abzulehnen, wenn kurze Zeit zuvor eine andere Gewerkschaft einen Vertrag abschliesst, der diese Möglichkeit ausdrücklich vorsieht?



Von Giuseppe Sergi, Sekretär GBI Bellinzona

wenn sie es nicht zulassen will, dass ihre eigene Politik unter den Auswirkungen der (Nicht)Tätigkeit anderer Verbände leiden soll.

Die geringe Präsenz jener Verbände, die für grundlegende Sektoren zuständig sind, sowie eine gemässigte Gewerkschaftspolitik zu grundlegenden Themen (mit Einfluss auf das politische und gewerkschaftliche Umfeld der GBI): Dies sind zusammengefasst die «objektiven» Gründe, die zur

Krise in den Beziehungen zwischen der GBI und den übrigen Verbänden (insbesondere SMUV und VHTL) geführt haben.

Sicher ist das Klima schwieriger geworden. Dennoch gibt es Lösungen. Die GBI beabsichtigt keine Invasion auf den Bereich der übrigen Gewerkschaften; sie wird sich aber gewiss nicht mit einer Zuschauerrolle begnügen können, während andere Akteure das Feld besetzen, das aufgrund der Nichttätigkeit der SGB-Verbände leersteht. Im Tessin - um nur eines der jüngsten Beispiele zu nennen - konnten in den letzten drei Jahren die christlichen Gewerkschaften bei einigen grossen Vertriebsketten (COOP; Migros; Denner; Ikea; Jumbo) einen ausschlaggebenden Platz einnehmen. In einigen Fällen (Migros) konnte dies passieren, obwohl die betreffenden Gewerkschaften noch nicht einmal den Gesamtarbeitsvertrag mitunterzeichnet haben.

Die GBI will daher handeln. Sie ist bereit - und hat konkrete Vorschläge unterbreitet - eine Art von «Kohabitation» also eine Form des Zusammenlebens zu entwickeln, damit die betroffenen Verbände eine Politik zugunsten der Beschäftigten und des gesamten SGB verfolgen können. Aber damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen einige Verbände ihre Vorrechte aufgeben, die sich auf ihre angeblichen «Zuständigkeitsbereiche» beziehen, die nach der Art von Notaren verteidigt werden, ohne dass eine wie auch immer geartete Überprüfung anhand der konkreten Realität stattfindet.

Koordinieren

Die grundlegenden Entscheidungen zur Vertrags- und Sozialpolitik sind stets im Rahmen einer gemeinsamen Struktur zu diskutieren und zu koordinieren. Denn die Entscheidungen einer Gewerkschaft können die Handlungsmöglichkeiten einer anderen direkt beeinflussen.

Der SGB hat auf aufsehenerregende Art gegen diese Aufgabe verstossen. Seine Strukturen und seine «Mentalität» machen ihn zu einem Instrument, das sogar im Hinblick auf die Wahrnehmung der einfachen Funktion einer blossen Koordinierung der Tätigkeiten der wichtigsten ihm angeschlossenen Verbände ungeeignet ist. Wir müssen diese Behauptung nicht umständlich nachweisen. Wer immer ein wenig Gewerkschaftspolitik betreibt, wird diesen Sachverhalt selbst festgestellt haben. Die Massnahmen der GBI, die Politik anderer Gewerkschaften zu beeinflussen, bildeten den Grundstein für eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Verbänden im Tessin. Die GBI hatte und hat jedoch keine andere Wahl,

Das sind die statistischen Tatsachen: Im Tessin beträgt der Organisationsgrad des SMUV ca. 15%, der VHTL ca. 1% und der GBI ca. 66%.

Gewiss sagen Zahlen für sich genommen noch nichts aus. Dahinter stehen stets die Aktivitäten der Gewerkschaften. Starke Gewerkschaften erreicht man nicht dadurch, dass man in den Sekretariaten sitzt, sondern durch einen steten Kontakt zur Produktionsrealität. Aus diesem Grunde sind vor allem aus dem tertiären Sektor, auf dem nur öde Wüste anzutreffen ist, bei unserer Gewerkschaft ständig Anregungen, Einladungen und Bitten um Hilfe eingegangen, und zwar sowohl von einzelnen wie auch von ganzen Gruppen.

Eine aktive gewerkschaftliche Politik auf präzise festgelegten Positionen ist nicht lediglich in einem einzigen Sektor durch-